

## Bevölkerungsentwicklung in Japan: Fokus Migration

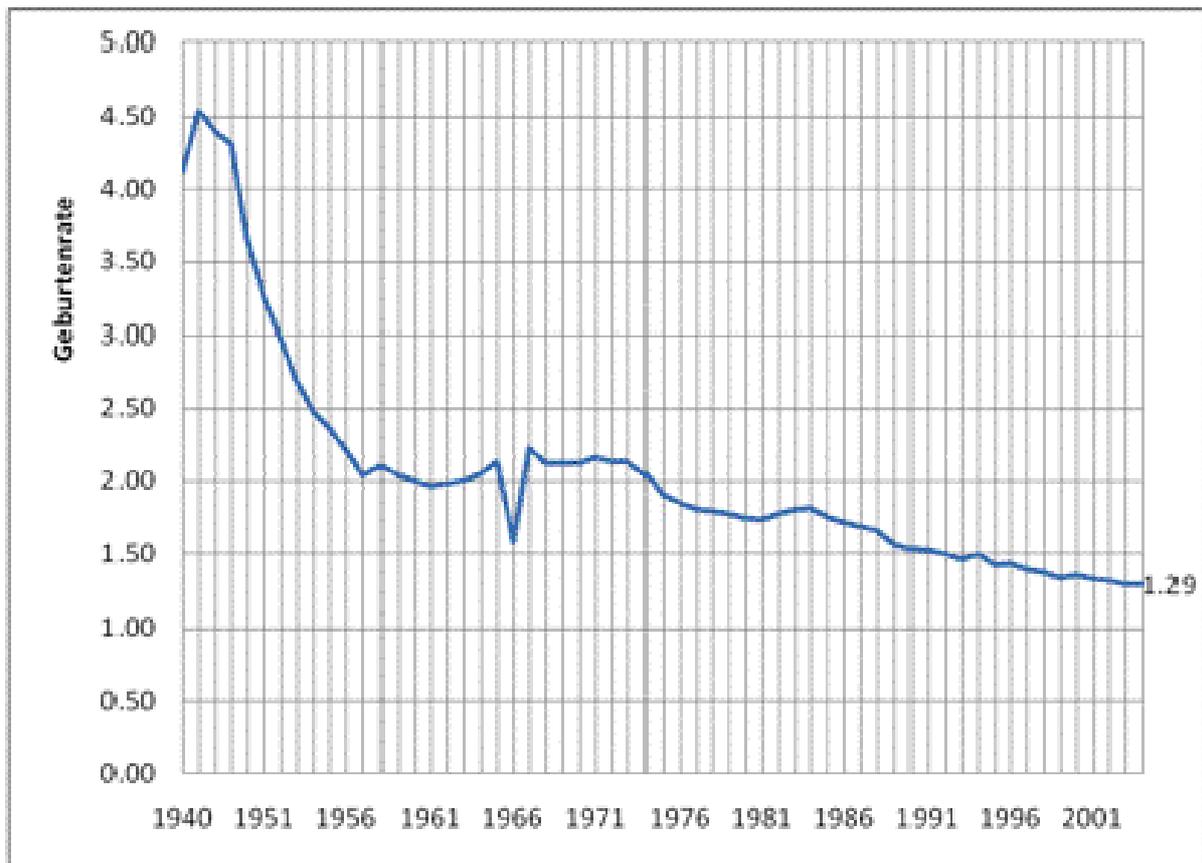
Von Gabriele Vogt

Zuwanderungspolitik zählte bislang zu den am wenigsten beweglichen Politikfeldern in Japan. Gleichwohl hat das Land in den letzten Jahren unter dem Eindruck des demografischen Wandels nennenswerte politische Reformen angestoßen. Die bisherige Richtlinie von Japans Zuwanderungspolitik sieht vor, dass nur hoch qualifizierte Zuwanderer – und auch diese nur für einen bestimmten Zeitraum – nach Japan kommen. Angesichts der Überalterung der Gesellschaft und der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung erscheint diese Politik jedoch überholt.

### Demografischer Wandel in Japan

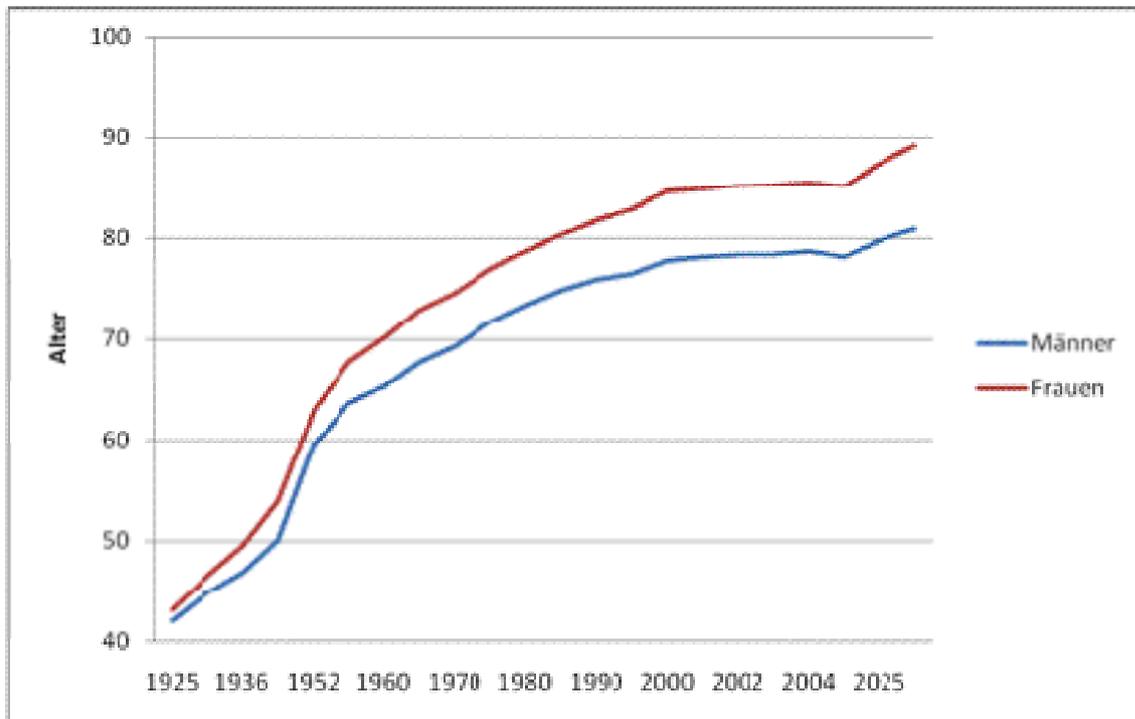
Alle drei demografischen Variablen – Geburtenrate, Lebenserwartung und Migrationsbewegungen (Grafiken 1 bis 3) – weisen für Japan Extreme auf: Die Geburtenrate ist mit 1,29 Kindern pro Japanerin eine der niedrigsten der Welt, die Lebenserwartung für Männer (79 Jahre) und Frauen (86 Jahre) hingegen eine der höchsten der Welt. Nur etwa 2,2 Millionen Menschen anderer Nationalitäten leben in Japan. Ihr Anteil an Japans Gesamtbevölkerung von 127,8 Millionen beträgt damit rund 1,7 Prozent. Im Vergleich zu anderen OECD Staaten ist dies ein äußerst geringer Wert (MOJ 2007; 2008; NIPSSR 2006; OECD 2007).

## Eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit



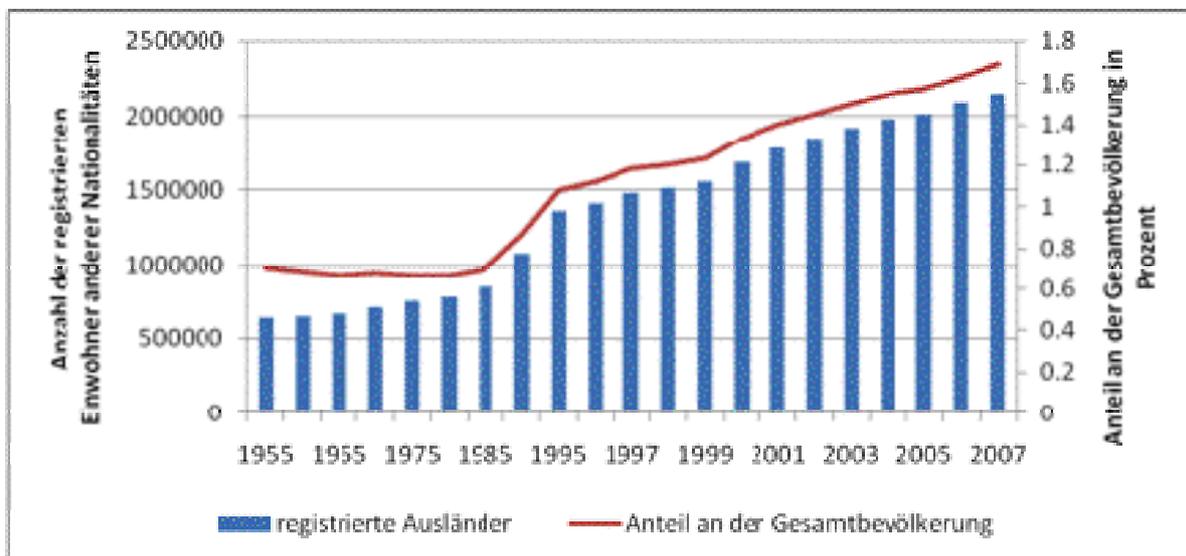
Japans Geburtenrate sinkt weiter. Der Einbruch von 1966 ist auf den Aberglauben zurück zu führen, dass Frauen, die in diesem Jahr des Feuerpferdes geboren werden, ihren späteren Ehemännern Unglück brächten (NIPSSR 2006; Schoppa 2008).

## Viele Menschen in Japan werden sehr alt



Japaner leben immer länger: Im September 2008 gab es alleine 36.276 Japaner, die 100 Jahre oder älter waren (Japan Times 13.09.2008; NIPSSR 2006).

## Ein Land mit verspäteter Zuwanderung

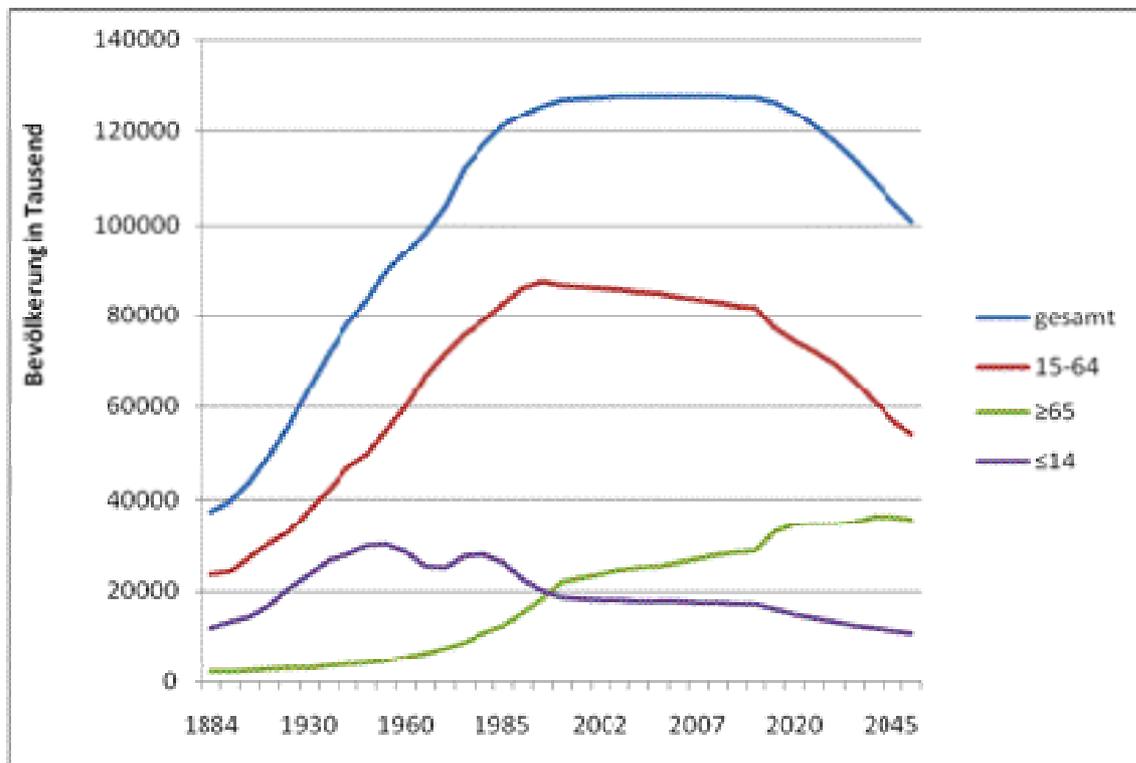


Die absolute Zahl der Zuwanderung nach Japan steigt ebenso wie der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung. Beide Werte liegen dennoch weit unter denen anderer Industrienationen (MOJ 2007; 2008).

Im Jahr 2005 verzeichnete Japan erstmals mehr Sterbefälle als Neugeburten oder Zuzüge. Entwickeln sich diese demografischen Variablen weiterhin konstant in die eingeschlagene Richtung, wird Japans Bevölkerung bis 2050 um etwa zwölf Prozent auf 100,5 Millionen Menschen schrumpfen (Grafik 4). Mehr als ein Drittel der Bevölkerung (35,7 Prozent) wird dann

65 Jahre oder älter sein; nur noch 10,8 Prozent werden 14 Jahre oder jünger sein (NIPSSR 2006). Dieser sich in rasantem Tempo vollziehende demografische Wandel wirkt sich in vielfacher Weise auf Japans Gesellschaft, Kultur, Politik, Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme aus (Coulmas, Conrad, Schad-Seifert, Vogt 2008).

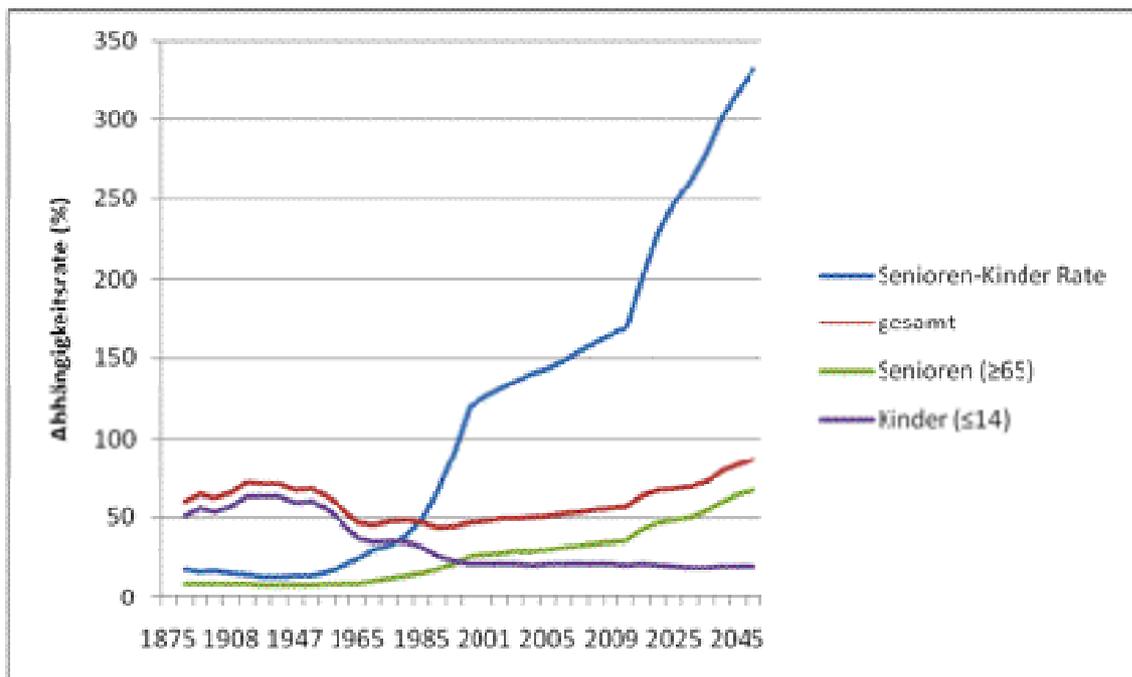
### Die Bevölkerung altert und schrumpft



Auch Japan hatte seine „Gebärmaschinendebatte“: Im Januar 2007 rief der damalige Gesundheitsminister Hakuo Yanagisawa die Japanerinnen dazu auf, durch Gebärfreudigkeit ihren Beitrag dazu zu leisten, das Altern und Schrumpfen der japanischen Bevölkerung zu stoppen. Geholfen hat der Appell bislang nicht (BBC News 30.01.2007; NIPSSR 2006).

Die ökonomische Herausforderung wird deutlich, betrachtet man Japans Altersabhängigkeitsrate, also die Zahl der 15- bis 64-Jährigen im Vergleich zu den über 65-Jährigen, die nach Berechnungen des Nationalen Instituts für Forschung zu Bevölkerung und Sozialer Sicherheit innerhalb eines halben Jahrhunderts von 25,5 Prozent (2000) auf 66,5 Prozent (2050) steigen wird (Grafik 5). Die Rate von Alten (über 65 Jahre) zu Jungen (unter 14 Jahre) wird sich im gleichen Zeitraum nahezu verdreifachen (NIPSSR 2006).

## Das Rentensystem muss angepasst werden



Sinkende Geburtenrate und steigende Lebenserwartung führen zu einem Anstieg der Altersabhängigkeitsrate. Um die negativen ökonomischen Folgen dieser Entwicklung abzufedern, wird das Renteneintrittsalters schrittweise von 60 auf 65 Jahre angehoben (für Männer bis 2013; für Frauen bis 2018). Weitere Anhebungen sind bereits im Gespräch (Coulmas 2007; NIPSSR 2006).

Arbeitsmigration kann eine politische Option dabei sein, diese Entwicklung hin zu einer außer Balance geratenen Abhängigkeitsrate zu bremsen. Eine Berechnung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 erläutert die Dimension der in Japan für verschiedene Szenarien notwendigen Ersatzmigration. So könne zum Beispiel die Abhängigkeitsrate durch den – völlig unrealistischen – Zuzug von 553 Millionen Menschen bis zum Jahr 2050 konstant gehalten werden. Mitte des Jahrhunderts hätten dann 87 Prozent der auf 818 Millionen angewachsenen Gesamtbevölkerung Japans einen Migrationshintergrund (UNPD 2000).

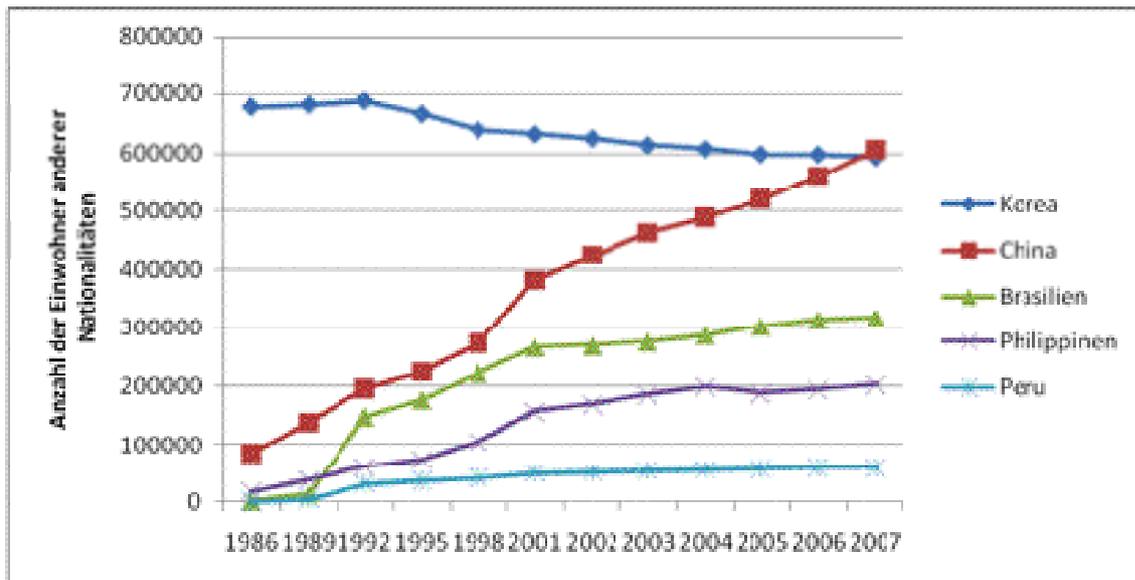
### Charakteristika von Japans Zuwanderern

Japans bisherige Zuwanderungspolitik steht im klaren Kontrast zu dem von den Vereinten Nationen ins Spiel gebrachten Konzept einer Ersatzmigration. Sie hielt über Jahrzehnte hinweg an zwei Grundsätzen fest: Zuwanderung soll ausschließlich den Hochqualifizierten ermöglicht werden; und auch diese sollen lediglich eine zeitlich befristete (in der Regel maximal fünf Jahre) Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Eine genauere Betrachtung der strukturellen Charakteristika von Japans Migrationspopulation zeigt jedoch die Differenz von policy output (Richtlinien) und policy outcome (Realitäten) auf.

Die Zahl der in Japan als wohnhaft registrierten Nicht-Japaner ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Der im internationalen Vergleich noch immer geringe Anteil von 1,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung hat sich innerhalb von 15 Jahren verdoppelt (Grafik 3). Der prozentuale wie auch numerische Anstieg (eine auf zwei Millionen) von Nicht-Japanern liegt in der Revision des Zuwanderungsgesetzes von 1990 begründet.

Welche Gruppen am stärksten von dieser Gesetzesänderung betroffen sind, wird in der nach Nationalitäten getrennten Auflistung deutlich (Grafik 6). Unter den fünf größten Gruppen anderer Nationalitäten verzeichnen vier einen Populationsanstieg. Diese Zuwanderer kommen aus China, Brasilien, den Philippinen und Peru. Einzig die Gruppe der Koreaner in Japan schrumpft. Im Jahr 2007 stellte sie erstmals seit neunzig Jahren nicht die größte Gruppe in Japan, sondern wurde von der stark wachsenden Gruppe der Chinesen auf den zweiten Rang verdrängt (MOJ 2008).

### Immer mehr chinesische Zuwanderer?



Seit 2007 stellen die chinesischen Zuwanderer die größte Gruppe unter den Migranten in Japan. Ihr numerischer Anstieg geschieht rasant und schürt in Japan die Angst vor steigender Ausländerkriminalität (MOJ 2007; 2008).

Die numerische Größe der koreanischen Minderheit in Japan ist historisch bedingt. Ab 1939 rekrutierten japanischen Firmen aus dem seit 1910 annektierten Korea Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie. Aus familiären und ökonomischen Gründen entschieden sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einige Hunderttausend der in Japan ansässigen Koreaner gegen eine Rückkehr nach Korea. Sie und ihre Nachfahren leben heute mit Daueraufenthaltsgenehmigung in Japan. Der numerische Rückgang der koreanischen Minderheit in Japan hat zwei Gründe: erstens das Sterben der alternden ersten Generation von Zuzüglern; zweitens die Naturalisierungen der meist jüngeren Koreaner. Jedes Jahr nehmen mehrere Zehntausend Koreaner der dritten und vierten Generation die japanische Staatsbürgerschaft an.

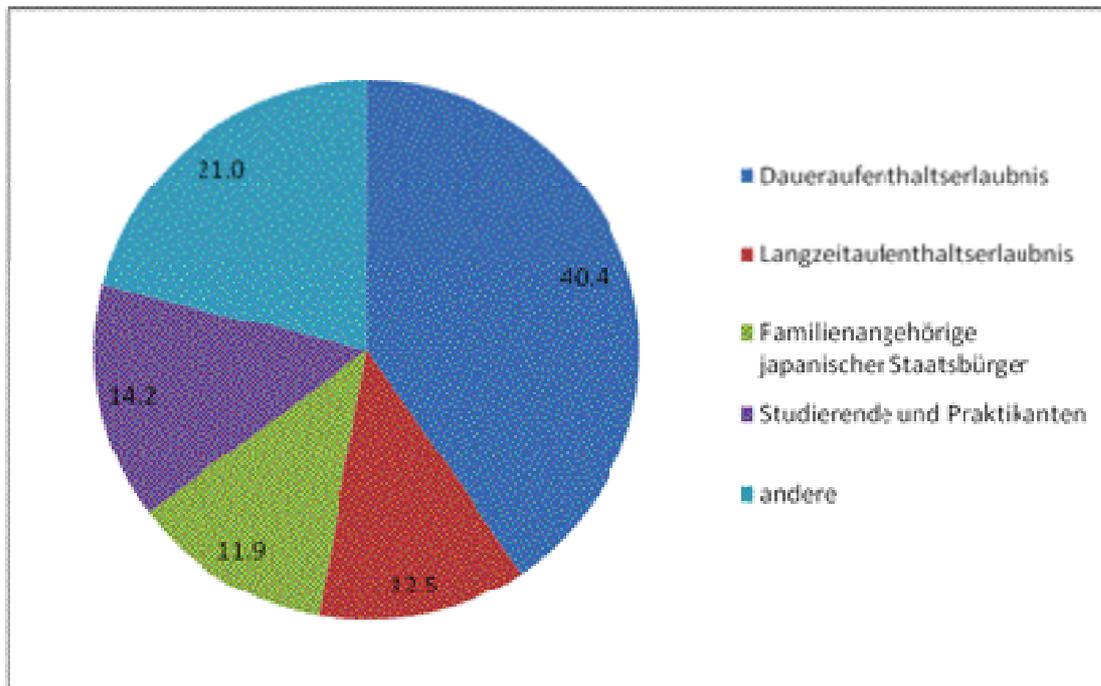
Seit 2007 stellen die Chinesen in Japan die größte Gruppe unter den Nicht-Japanern. Ihr numerischer Anstieg seit den frühen 1990er Jahren geschieht in rasantem Tempo; alleine seit der Jahrtausendwende verdoppelte sich ihre Zahl auf mittlerweile über 600.000 Menschen. Die Chinesen in Japan sind eine der Gruppen, die am meisten von der Revision des Zuwanderungsgesetzes von 1990 profitieren. Dies wird deutlich in der numerischen Entwicklung der Visumsvergabe an Chinesen, die einen starken Anstieg vor allem bei Studenten und Praktikanten aufweist. Derzeit kommen mehr als drei Viertel aller Praktikanten aus China. Das in den 1980er Jahren begründete Praktikantensystem wurde 1990 auch für Unternehmen mit weniger als 20 Angestellten zugänglich gemacht. 1993 wurde das bestehende System um ein Facharbeiterpraktikum erweitert. Gedacht als entwicklungspolitische Maßnahme, die den

Transfer von Technologie und Wissen garantieren soll, werden über das Praktikantensystem häufig Arbeitsplätze in Billiglohnssektoren wie der Textilindustrie und Landwirtschaft gefüllt. Einflussreiche Wirtschaftsverbände wie Nippon Keidanren plädieren nach harscher internationaler Kritik an Japans Praktikantensystem inzwischen für eine Abschaffung des Systems.

Die so genannten Nikkeijin, Menschen japanischer Abstammung, sind eine weitere Gruppe von Zuwanderern, denen die Gesetzesrevision von 1990 den Weg nach Japan geebnet hat. Sie profitieren seit 1990 von einer Sonderregelung, die Japanischstämmigen eine Langzeitaufenthaltsdauer inklusive Arbeitserlaubnis gewährt. Nikkeijin wandern überwiegend aus den Ländern Südamerikas, vor allem aus Brasilien und Peru nach Japan ein. Sie sind die Nachfahren der ehemals aus Japan Ausgewanderten: Bis 1942 emigrierten alleine 190.000 Japaner nach Brasilien; bis Ende der 1980er Jahre wuchs die japanische Gemeinde Brasiliens durch weiteren Zuzug und Familiengründung auf über eine Million Menschen an. Innerhalb von fünfzehn Jahren nach der Gesetzesrevision verfünffachte sich die brasilianische Nikkeijin-Population in Japan auf über 300.000 Menschen (MOJ 2007; 2008). Nikkeijin stellen mittlerweile neben den Praktikanten einen weiteren Pool an Billiglohnarbeitskräften dar. Sie arbeiten vor allem in der Automobilbranche und der Elektroindustrie.

Während die Richtlinien der japanischen Zuwanderungspolitik alleine die temporäre Zuwanderung von Hochqualifizierten vorsieht, zeigt die Realität ein völlig anderes Bild. Betrachtet man Japans Migrationspopulation aufgeschlüsselt nach ihren Aufenthaltskategorien wird deutlich, dass 64,8 Prozent über eine Daueraufenthalts- (überwiegend Koreaner) oder Langzeitaufenthalts- (überwiegend Nikkeijin) erlaubnis verfügen beziehungsweise als Familienangehörige von japanischen Staatsbürgern eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis haben. Der Erwerb keiner dieser Visumskategorien setzt voraus, dass ein Nachweis über eine berufliche Hochqualifizierung erbracht werden müsste. Addiert man dazu 14,2 Prozent für verschiedene Gruppen von Studierenden (eingeschränkte Arbeitserlaubnis) und Praktikanten (on-the-job-training), beläuft sich der Anteil der geringqualifizierten Beschäftigten anderer Nationalitäten in Japan auf insgesamt 79 Prozent (Grafik 7).

## Aufenthaltsstatus der Migranten in Japan



Entgegen der offiziellen politischen Richtlinien Japans verfügt die Mehrheit der ansässigen Migranten über eine Aufenthaltserlaubnis mit Langzeitperspektive und ohne Beschränkung bei der Arbeitserlaubnis (MOJ 2007; 2008).

### Trends in Japans Zuwanderungspolitik

Japans Zuwanderungspolitik ist aktuell geprägt vom rasant fortschreitenden demografischen Wandel des Landes. Die Alterung und das Schrumpfen vor allem der Erwerbsbevölkerung haben eine Entwicklung angestoßen, die weder die wirtschaftliche Hochwachstumsphase der Nachkriegszeit noch die Wirtschaftsblase der späten 1980er hervorbrachten. Sie haben das Thema Arbeitsmigration als ernst zu nehmende Option auf die politische Tagesordnung gebracht. Zwei zentrale Fragestellungen prägen den aktuellen Diskurs: Erstens, soll Arbeitsmigration auch den nicht Hochqualifizierten ermöglicht werden? Zweitens, soll den Zuwanderern eine Langzeitperspektive in Japan eröffnet werden? Kurzum befassen sich die beiden Fragestellungen also mit dem Grundgedanken, ob die Richtlinien der japanischen Zuwanderungspolitik an die aktuelle Realität angepasst werden soll.

Im Zentrum dieses Diskurses steht der Pflegesektor. Wie in keinem anderen Sektor werden hier bereits heute die ökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels in Japan spürbar. Dies hängt mit zwei Faktoren zusammen: der wachsenden Zahl derer, die Pflege in Anspruch nehmen und der sinkenden Zahl derer in Pflegeberufen. Je älter eine Bevölkerung wird, desto mehr Pflege wird benötigt. Das japanische Gesundheitsministerium errechnete, dass das individuelle Risiko, pflegebedürftig zu werden, alleine in der Dekade zwischen dem 66. und 75. Lebensjahr um das Fünfeinfache von 3,8 Prozent auf 24,1 Prozent steigt. Dazu kommt, dass seit der Einführung der Pflegeversicherung in Japan die Zahl derer zunimmt, die eine institutionelle Pflege der Betreuung innerhalb der Familie vorziehen (Campbell 2008; Yashiro 2008).

Doch wer wird die professionelle Pflege dieser wachsenden Zahl an Alten übernehmen? Schon heute leidet Japans Pflegesektor unter Personalmangel. Es gibt doppelt so viele offene Stellen wie Bewerber. Immer weniger Berufsanfänger entscheiden sich für eine Laufbahn im Pflegesektor, denn die Arbeit dort ist physisch wie psychisch anstrengend; dazu kommen unregelmäßige Arbeitszeiten und ein relativ geringes gesellschaftliches Ansehen der Berufe. All dies sind Faktoren, die nicht nur Berufsanfänger abschrecken, sondern auch zu einer sehr hohen Rate von Berufswechslern führen. So ist zum Beispiel gerade einmal ein Viertel der japanischen Krankenpfleger 45 Jahre oder älter; mehrere Hunderttausend ausgebildete Pflegekräfte arbeiten inzwischen in anderen Berufen (MHLW 2006).

Dass nun Arbeitskräfte aus dem Ausland den Mangel an inländischem Pflegepersonal kompensieren sollen, lässt Rückschlüsse zu auf den direkten Zusammenhang von demografischer Entwicklung und Zuwanderungspolitik. Über bilaterale Wirtschaftsabkommen mit den Philippinen (2006; noch nicht ratifiziert) und Indonesien (2007) öffnete Japan seinen nationalen Arbeitsmarkt ein Stück weit der internationalen Migration. In beiden Verträgen ist die Möglichkeit der Arbeitsmigration von Kranken- und Altenpflegern nach Japan festgeschrieben: bis zu 1.000 Personen pro Jahr und pro Nation. Nach spätestens vier Jahren müssen sich die Pfleger der staatlichen Pflegeprüfung – in japanischer Sprache – stellen. Wer besteht, darf weiterhin in Japan arbeiten: Für indonesische Pfleger gilt dann eine unbeschränkte, für philippinische eine mehrmals verlängerbare jedoch zeitlich befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Wer nicht besteht, muss ausreisen.

Die ersten Jahre des Aufenthalts in Japan verbringen Arbeitsmigranten und ihre Arbeitgeber demnach ohne eine klar definierte Zukunftsperspektive. Beide Seiten investieren zeitliche und finanzielle Ressourcen in die Ausbildung und den Spracherwerb der Pfleger; ob sich diese Investitionen langfristig auszahlen werden, entscheidet sich im Ergebnis der standardisierten Pflegeprüfung, die auch von den japanischen Bewerbern – die mit keinen Sprachbarriere zu kämpfen haben – lediglich 50 Prozent bestehen. Im internationalen Vergleich ist dieses System von Pflegemigration nach Japan unattraktiv. Das System ist eine Kompromisslösung zwischen den weit auseinander klaffenden Positionen verschiedener japanischer Ministerien: von der strikten Ablehnung des Abkommens durch das Justizministeriums bis zum Appell, nicht nur den Pflegesektor sondern auch die Bereiche Schiffbau und Landwirtschaft zu öffnen, vorgebracht vom Wirtschaftsministerium. Die gegenwärtige Form der Wirtschaftsabkommen wurde nachhaltig vom Arbeitsministerium geprägt, das sich unter dem Eindruck der gegen Arbeitsmigration agierenden japanischen Pflegerverbände dafür aussprach, der beruflichen Qualitätskontrolle in japanischer Sprache eine entscheidende Bedeutung beizumessen und damit eine große Hürde für Migrationswillige schuf. Die Verbände selbst plädieren für eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, so dass Pflegeberufe auch für japanische Arbeitnehmer wieder attraktiv werden (Vogt 2007).

Dass sich 2008, in der ersten Welle der Pflegemigration, weit weniger indonesische Kandidaten für die in Japan ausgeschriebenen Stellen beworben hatten, als im Kontingent der bilateralen Verträge vorgesehen, mag mit der risikoreichen Zukunftsperspektive für die Pflegemigranten zusammen hängen. Ebenso die noch ausstehende Ratifizierung des Vertrags in den Philippinen. Insbesondere von philippinischen Pflegeverbänden wird das bilaterale Wirtschaftsabkommen als Diskriminierung gegen die in der globalen Gesundheitsindustrie begehrten philippinischen Pflegekräfte verstanden. Nüchtern betrachtet stellt gerade für philippinische Pflegekräfte Japan unter dem gegebenen System von Arbeitsmigration keine attraktive Alternative zu einer Migration in andere traditionelle Zielländer von Pflegemigration dar. Gerade

die USA und Kanada verfügen hier über dichte privatwirtschaftliche, öffentliche und transnationale Netzwerke zu den Ausbildungsstätten philippinischer Pfleger, die zur Risikominderung in internationalen Migrationsflüssen beitragen (Kingma 2006).

Die Seite der japanischen Arbeitgeber begeistert sich ebenfalls nur zögerlich für die Möglichkeit, offene Arbeitsplätze mit indonesischen oder philippinischen Pflegekräften zu füllen. Zahlreiche Umfragen wurden zu diesem Thema im Vorfeld der Implementierung des Wirtschaftsabkommens mit Indonesien durchgeführt. Sie alle zeichnen das gleiche Bild der Unentschlossenheit von Leitern japanischer Pflegeheime. Um auf den Pflegenotstand zu reagieren, könne man sich vorstellen, internationale Arbeitskräfte anzustellen, doch befürchte man Sprachprobleme und kulturelle Missverständnisse, so der allgemeine Tenor. Eine Umfrage des Kitakyushu Forum on Asian Women stieß darüber hinaus auf regionale Unterschiede: Während 57,6 Prozent der befragten Leiter von Pflegeheimen in Tokyo internationale Pflegemigration nach Japan befürworteten, sprachen sich nur 35,3 Prozent derer in Fukuoka, im äußersten Westen Japans dafür aus. 30,1 Prozent der Tokyoter Leiter sprachen sich kategorisch dagegen aus, indonesische Pflegekräfte anzustellen. In Fukuoka waren es 56,0 Prozent (Shinozaki 2007). Dies spiegelt die Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Großstädten und Industrieregionen Japans wider; in anderen Regionen ist die Internationalisierung der japanischen Gesellschaft bislang kaum voran geschritten.

Pflegemigration wie Arbeitsmigration allgemein wird selbst von Wirtschaftsvertretern zurückhaltend begutachtet. Zu Recht, wie der Wirtschaftswissenschaftler Akihiko Matsutani (2006) meint. Für ihn ist Arbeitsmigration eine „Nonsolution“, eine Lösung, die keine ist, weil sie die grundlegenden demografischen Probleme – das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung und die Überalterung der Gesamtbevölkerung – lediglich zeitlich aufschiebt. Tochiaki Tachibanaki (2006), ebenfalls Wirtschaftswissenschaftler, warnt gar davor, dass der Zuzug internationaler Arbeitskräfte und der damit häufig verbundene Anstieg prekarisierter Arbeitsverhältnisse zur Herausbildung einer neuen Unterschicht und schließlich zu einer gesellschaftlichen Destabilisierung führen wird.

Ob sich derlei düstere Visionen bewahrheiten werden, ist jedoch auch bedingt von der konkreten Ausgestaltung von Migrationssystemen. Diese Ausgestaltung geht über Themen wie Aufenthaltsdauer und Arbeitsgenehmigung hinaus und beinhaltet vor allem auch das Konzept der ökonomischen, sozialen und politischen Integration von Zuzüglern. Gerade im Bereich Integration besteht in Japan noch großer Handlungsbedarf. Bislang lediglich ad hoc in den betroffenen Kommunen geregelt, war der Begriff Integration lange kein Thema der nationalen Politik. Erstmals wurde er im Jahr 2006 in einem politischen Dokument des Innenministeriums erwähnt. Das Ministerium griff ihn als politisches Ziel auf, das durch Maßnahmen zu multikultureller Koexistenz implementiert werden solle. Der Politikwissenschaftler Keizo Yamawaki, der Vorsitzende der Ministeriumskommission, die den Integrationsbericht vorlegte, plädiert für ein inklusiveres Modell von multikulturellem community building. Yamawaki (2006) betont, Integration bedeute nicht nur, dass die Migrantinnen sich an die Kultur und Gepflogenheiten der aufnehmenden Gesellschaft anpassen, sondern auch, dass die Kultur der Migration erfahrenden Gesellschaft sich verändern wird. Ein gegenseitiges Aufeinanderzubewegen sei notwendig. Darüber, was Integration im politischen Japan beinhalten soll, besteht derzeit kein Konsens. Dieser wäre jedoch notwendig, um die Zuwanderungspolitik vorausschauend zu gestalten.

## Lehren aus dem Beispiel Pflegemigration

Im August 2008 kamen insgesamt 208 indonesische Kranken- und Altenpfleger nach Japan, um in 98 Krankenhäusern und Pflegeheimen zu arbeiten. Die aktuelle Öffnung des japanischen Pflegesektors für internationale Arbeitsmigration ist zweifellos ein erster Schritt in eine neue Richtung. Erstmals wird Arbeitsmigranten die Vordertür – und nicht wie bislang zum Beispiel den Praktikanten und Nikkeijin – die Hintertür zum japanischen Arbeitsmarkt geöffnet. Das bilaterale Wirtschaftsabkommen mit Indonesien ermöglicht den Zuzug von Kranken- und Altenpflegern und bietet ihnen bei entsprechend nachgewiesener Qualifikation eine Daueraufenthaltserlaubnis. Damit ist die Abkehr von den Grundsätzen von Japans bisheriger Zuwanderungspolitik – ausschließlich Hochqualifizierte und ausschließlich temporäre Migration – wengleich nicht besiegelt, so doch zumindest angedeutet. Japans Zuwanderungspolitik steht aktuell in einer Testphase.

Der Nachweis der Qualifikation, das Bestehen der nationalen Pflegeprüfung in japanischer Sprache nach spätestens vier Jahren Aufenthalt in Japan, ist eine sehr hohe Hürde für die Pflegemigranten. In vier Jahren, wenn der erste Jahrgang indonesischer Pfleger sich dieser Prüfung stellen muss, wird sich zeigen, ob Pflegemigration unter den aktuellen Rahmenbedingungen ein zukunftsfähiges Modell ist. Sollte die „Pilotstudie“ der Pflegemigration aus Indonesien positiv evaluiert werden, werden sicherlich neue sektorspezifische und nationenspezifische Migrationszuflüsse geöffnet werden. Sollten jedoch zum Beispiel nur wenige indonesische Pflegekräfte die geforderte Prüfung bestehen oder aber Integrationsprobleme am Arbeitsplatz es erschweren, den Beruf gemeinsam auszuüben, ist es durchaus denkbar, dass diese „Pilotstudie“ ohne Nachfolgemodelle bleibt.

Pflegemigration nach Japan ist ein Beispiel für den großen Einfluss demografischer Entwicklungen auf Zuwanderungspolitik. Ein Politikfeld, das – belastet mit historischen und ideologischen Tabus – bislang allen globalen Trends von steigenden Migrationsbewegungen widerstand, gerät derzeit in Bewegung. Das Land sucht nach kohärenten Maßnahmen, die vor allem die ökonomischen Folgen eines durch demografische Veränderungen hervorgerufenen Schrumpfens der Erwerbsbevölkerung abfedern können.

### Literatur / Links

BBC News (30.01.2007): Japan gaffe minister ‘must quit’, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/6313265.stm>

Campbell, John Creighton (2008): Politics of Old-Age Policy-Making. In: Coulmas, Florian; Conrad, Harald; Schad-Seifert, Annette; Vogt, Gabriele (Hg.): The Demographic Challenge. A Handbook about Japan. Leiden/Boston: Brill, S. 653–665

Coulmas, Florian (2007): Die Gesellschaft Japans. Arbeit, Familie und demographische Krise. München: C.H.Beck.

Coulmas, Florian; Conrad, Harald; Schad-Seifert, Annette; Vogt, Gabriele (Hg., 2008): The Demographic Challenge. A Handbook about Japan. Leiden/Boston: Brill, [http://www.dijtokyo.org/?page=publication\\_detail.php&p\\_id=1105](http://www.dijtokyo.org/?page=publication_detail.php&p_id=1105)

Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ), <http://www.dijtokyo.org>

Japan Times (13.09.2008): Centenarians expected to rise to record 36,276, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20080913a2.html>

Kingma, Mireille (2006): *Nurses on the Move. Migration and the Global Health Care Economy.* Ithaca/London: Cornell University Press

Matsutani, Akihiko (2006): *Shrinking-Population Economics, Lessons from Japan.* Tokyo: International House of Japan.

MHLW, Ministry of Health, Labour and Welfare (2006): *Shogyo hokenshi, josanshi, kangoshi, jukangoshiso, nenreikaikyo, nenjibetsu.* [http://www.mhlw.go.jp/toukei/saikin/hw/eisei/06/dl/data\\_0006.pdf](http://www.mhlw.go.jp/toukei/saikin/hw/eisei/06/dl/data_0006.pdf)

MOJ, Ministry of Justice (2007): *Immigration Control 2007.* <http://www.moj.go.jp/NYUKAN/nyukan68.html>

MOJ, Ministry of Justice (2008): *Heisei 19 nenmatsu genzai ni okeru gaikokujin torokusha tokei ni tsuite.* <http://www.moj.go.jp/PRESS/080601-1.pdf>

NIPSSR, National Institute for Population and Social Security Research (2006): *Population Statistics of Japan 2006.* <http://www.ipss.go.jp/p-info/e/PSJ2006.pdf>

OECD, Organisation for Economic Co-Operation and Development (2007): *International Migration Outlook. SOPEMI 2007 Edition.* Paris: OECD Publications.

Sakanaka, Hidenori; Asakawa, Akihiro (2007): *Imin kokka Nippon.* Tokyo: Kajo

Shinozaki, Masami (2007): *Opening the Door to Migrant Care Workers for the Elderly in Japan. What Can We Learn from the EU and East Asia?* In: *Asian Breeze*, Nr. 51 (Oktober 2007), S. 5–6

Schoppa, Leonard (2008): *Demographics and the State.* In: Coulmas, Florian; Conrad, Harald; Schad-Seifert, Annette; Vogt, Gabriele (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan.* Leiden/Boston: Brill, S. 639–652

Tachibanaki, Toshiaki (2006): *Amerikagata fuan shakai de ii no ka.* Tokyo: Asahi Shinbunsha.

UNPD, United Nations Population Division (2000): *Replacement Migration: Is it a Solution to Declining and Ageing Populations?* <http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm>

Vogt, Gabriele (2007): *Closed Doors, Open Doors, Doors Wide Shut? Migration Politics in Japan.* In: *Japan aktuell. Journal of Current Japanese Affairs*, 5/2007, S. 3–30, <http://www.dijtokyo.org/doc/20071001ja-Studie-Vogt.pdf>

Vogt, Gabriele (2008): *Talking Politics: Demographic Variables and Policy Measures in Japan.* In: Kohlbacher, Florian; Herstatt, Cornelius (Hg.): *The Silver Market Phenomenon. Business Opportunities in an Era of Demographic Change.* Heidelberg: Springer, S. 17–29, [http://www.dijtokyo.org/doc/Vogt\\_TalkingPolitics.pdf](http://www.dijtokyo.org/doc/Vogt_TalkingPolitics.pdf)

Yamawaki, Keizo; Yokohama shiritsu icho shogakko (2006): Tabunka kyosei no gakkozukuri. Tokyo: Akashi Shoten

Yashiro, Naohiro (2008): The Silver Markets in Japan Through Regulatory Reform. In: Kohlbacher, Florian; Herstatt, Cornelius (Hg.): The Silver Market Phenomenon. Business Opportunities in an Era of Demographic Change. Heidelberg: Springer, S. 31–39

Stand: Oktober 2008

Nachdruck und Weiterverwendung des Artikels unter Angabe der Quelle erlaubt. Um Zusendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Das Online-Handbuch Demografie des Berlin-Instituts wird gefördert von

**Robert Bosch Stiftung**